

Guttenberg unter starkem Druck

Der Verteidigungsminister gerät immer mehr unter Druck: Erst hatte er das Bombardement der von den Taliban gekaperten Tanklastzüge als „militärisch angemessen“ eingestuft, um sich dann – angeblich nach Vorliegen umfassenderer Informationen – eines anderen zu besinnen und seine Meinung zu revidieren.

Wir wollen es klar stellen: Hier geht es nicht mehr um die Bewertung des Angriffs auf die Tanklastzüge – es geht uns in diesem Falle um folgende Fragen:

1. Warum hat Guttenberg nicht von Beginn an gesagt, dass das eigentliche Ziel die Taliban waren - und nicht die beiden Tanklastwagen?
2. Auf welche neuen Fakten stützt er seinen Meinungsumschwung bezüglich des Luftangriffs, den er anfangs noch als "militärisch angemessen" bezeichnete?
3. Was wusste Guttenberg tatsächlich, und was sagt er zur Aussage des von ihm entlassenen Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan, dass alle wesentlichen Informationen zum Bombardement im Nato-Bericht verarbeitet worden seien. Dieser habe Guttenberg zum Amtsantritt vorgelegen, ebenso ein Bericht des Internationalen Roten Kreuzes. Er und Staatssekretär Peter Wichert hätten Guttenberg dann am 25. November auf Nachfrage noch auf vier weitere Berichte hingewiesen. Guttenberg bleibt dabei, dass ihm relevante Dokumente vorenthalten worden seien.
4. Was wusste das Kanzleramt, und vor allem die Bundeskanzlerin? Die Frage liegt nahe, ob die Informationen aus dem Nato-Bericht und die Notizen Kleins auch dem zuständigen Fachreferat im Kanzleramt sowie auch der Kanzlerin bekannt waren. Wenn dies zuträfe, wäre auch die Bundeskanzlerin im Kreuzfeuer der Kritik.

Guttenberg scheut sich allerdings nicht, die politisch üblichen taktischen Spielchen zu spielen, und tritt die Flucht nach vorne an, indem er die ihn kritisierende Opposition ihrerseits anzugreifen versucht. Nur – wir wollen doch die Kirche im Dorfe lassen: Wer hat sich vor das Parlament gestellt und sich vollmundig aus dem Fenster gelehnt? Wir sagen: Ein Rücktritt wäre in diesem Falle der ehrliche Weg – und damit hätte die Regierung bereits ihren zweiten Minister verbraucht.